

## **„Tendenz: Ullersdorf klagt gegen Schul-Aus“**

von: Jens Fritzsche

Sächsische Zeitung, 29.07.2011

Der Ortschaftsrat wird sich wohl am 17. August zu einer Sondersitzung treffen, um über einen Rechtsstreit mit OB Lemm und der Stadt zu entscheiden.

Es hatte sich seit Wochen angedeutet, jetzt scheint es amtlich: Der Ortschaftsrat Ullersdorf wird aller Voraussicht nach am 17. August in einer Sondersitzung über eine Klage gegen die Stadt Radeberg und deren Oberbürgermeister Gerhard Lemm (SPD) entscheiden.

Hintergrund ist der Streit um den Ullersdorfer Grundschulstandort. Der ist im Eingemeindungsvertrag festgeschrieben, doch der Radeberger Stadtrat hatte in seiner Juni-Sitzung entschieden, die Ullersdorfer Grundschule mit Beginn des Schuljahres 2013 zu schließen und ins benachbarte Großerkmannsdorf zu verlagern. OB Lemm hatte dazu im Stadtrat erklärt: „Verträge sind nicht für die Ewigkeit gemacht...“ Ullersdorf sieht das anders und wehrt sich.

### Beratung im Landratsamt

Ullersdorfs Ortsvorsteher Frank-Peter Wieth (CDU): „Wir hatten jetzt das im Eingemeindungsvertrag für einen Klagefall vorgeschriebene Beratungsgespräch im Landratsamt.“ Dort wurde den Ullersdorfern erläutert, was im Klagefall zu beachten ist – und auch über die Möglichkeit einer gütlichen Einigung zwischen Ullersdorf und Lemm ist gesprochen worden. „Aber es war allen Seiten klar, dass das wohl nicht möglich sein wird, so dass das letztlich kein Thema zu werden scheint“, ist Wieth überzeugt.

Radebergs Stadtrat hatte entschieden, den Grundschulstandort ab 2013 von Ullersdorf nach Großerkmannsdorf zu verlagern, weil in Ullersdorf aktuell zwei Klassenräume fehlen, um alle Kinder aus Großerkmannsdorf und Ullersdorf aufnehmen zu können. Ursprünglich sollte deshalb in Ullersdorf eine Turnhalle gebaut werden, in der die fehlenden Räume integriert sind. Aus Kostengründen war das auf Drängen von OB Lemm auf die Zeit nach 2015 verschoben worden. Was man auch in Ullersdorf akzeptiert hatte, wenn auch mit Bauchschmerzen. Zwischenzeitlich öffnete Sachsen ein Förderprogramm für den ländlichen Raum auch für Turnhallenbauten: Ullersdorfs Ortschaftsrat hatte darin die Chance gesehen, das Projekt preiswerter und schneller zu bekommen. Dazu hätte der Stadtrat aber eine Bestandsgarantie für die Schule in Ullersdorf abgeben müssen. Was er nicht tat. Sondern stattdessen auf den – wie die Stadtratsmehrheit aus SPD, Linken und Freien Wählern – überzeugt ist, besser ausgestatteten und preiswerteren Schulstandort in Erksdorf zu setzen.

Dagegen wehren sich die Ullersdorfer nun, denn der Grundschulstandort ist im Eingemeindungsvertrag festgeschrieben.